

Versammlung und Wahlen



Ab Bahnübergang Kreuzkirche wird auch rheinseits eine Schallschutzwand gefordert. Foto: privat

Leutesdorf. In diesem Jahr standen bei der Mitgliederversammlung der IG gegen Bahnlärm und –erschütterung e.V. Leutesdorf wieder Wahlen zum Vorstand an. Dieser setzt sich nach der Versammlung wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Erich Schneider, Stellvertreter Gerhard Jüngling, Kassierer Robert Dill, Schriftführer Kurt Schröder, Beisitzer Volker Berg, Beate Kerres und Traute Lorenz.

Vor den Wahlgängen berichtete Erich Schneider über die Aktivitäten und Vorkommnisse im vergangenen Vereinsjahr, in dem der Bahnlärm und die übrigen Bahnthemen wegen der weltpolitischen Ereignisse verständlicherweise in den Hintergrund gerieten. Trotzdem wurden viele Gespräche geführt, Kontakte gepflegt und über die in diesem Jahr in Leutesdorf anstehenden Lärmsanierungsmaßnahmen diskutiert.

Robert Dill erläuterte die Kassenentwicklung. Kassierer und der übrige Vorstand wurden nach dem Bericht des Kassenprüfers entlastet.

Zu den in Leutesdorf vorgesehenen Maßnahmen war vor kurzem der Planfeststellungsbeschluss offengelegt. Danach werden ab Dezember 2023 in drei weiteren Teilbereichen Schallschutzwände (SSW) eingebaut, und zwar vom Bahnübergang Kreuzkirche bis hinter Einmündung Straße Frontal bergseits, Kirchstraße bis Unterführung Gr. Fährgasse bergseits und ab Gr. Fährgasse bis vor Unterführung alte B 42 rheinseits. Ergänzend ist bergseits ab Unterführung Gr. Fährgasse in einem Teilstück eine weitere Schallschutzwand vorgesehen. Zu diesen Maßnahmen hat die IG Bahnlärm eine Informationsveranstaltung angeregt, die am Mittwoch, 04.10.2023, 19 Uhr, in der Jugendherberge stattfindet und bei der die DB Netz AG den Ablauf der Bauarbeiten erläutern wird.

Drei gewünschte weitere Maßnahmen wurden im Planfeststellungsverfahren abgelehnt, werden zurzeit aber noch auf Machbarkeit untersucht. Dabei handelt es sich einmal um den Austausch beschädigter Glaswände in den bestehenden SSW. Außerdem wird eine zusätzliche SSW ab Bahnübergang Kreuzkirche bis Blank's Scheuer rheinseits und die Verlängerung der rheinseits vorgesehenen SSW über die Unterführung alte B 42 Richtung Neuwied gefordert. Große Unruhe haben bei den Bahnlärm-Bürgerinitiativen und Kommunen am unteren Mittelrhein Anfang August 2023 die von Bundesverkehrsminister Wissing präsentierten Ergebnisse einer erneuten Machbarkeitsstudie für eine Güterverkehrs-Alternativtrasse zum Mittelrhein hervorgerufen. Nach der ersten Studie zum sogenannten Westerwald-Taunus-Tunnel (WWT), die im Herbst 2022 vorlag, wurden ergänzende Untersuchungen angestellt, bei denen fünf weitere Varianten geprüft wurden. Davon würden von Süden durch Taunus und Westerwald kommend zwei in Neuwied und eine in Linz auf die bestehende Bahntrassen-Führung stoßen. Lediglich die Varianten IV a) und b) verliefen in etwa auf Linie des vorgeschlagenen WWT.

Das Mittelrheintal endet nicht in Koblenz, Neuwied oder Linz. Die IG gegen Bahnlärm und –erschütterung fordert deshalb, dass bei den Überlegungen zur Entlastung des Mittelrheintals keine Pläne weiter verfolgt werden, die für den unteren Teil des Tals höheren Verkehr und höhere Belastung bringen würden. Zur Bewältigung der Verkehrsströme von Nord nach Süd (Rotterdam – Genua) und umgekehrt kann das Problem „Nadelöhr“ Mittelrhein nur durch die große Lösung, den Westerwald-Taunus-Tunnel, gelöst werden. Die übrigen jetzt vorgestellten Varianten sind Stückwerk, verschieben Belastungen oder erhöhen diese in anderen Regionen. Und weil es bis zur Entlastung durch eine Alternativstrecke noch viele Jahre dauern wird, muss auch für das gesamte untere Mittelrheintal der umfassende Schutz vor Bahnlärm geplant werden, der für das Welterbetal und hier bei uns leider nur für Weißenthurm und Leutesdorf zurzeit umgesetzt wird.

Außer Bahnlärm sind bei der vorhandenen Trassenführung auch Erschütterungen, Gefahrenpotenzial und Feinstaub-Belastung zu bedenken. Deshalb wird die IG gegen Bahnlärm und –erschütterung e.V. Leutesdorf gemeinsam mit allen übrigen BI's weiter Druck auf Bahn und Politik ausüben, damit sich die Lebensverhältnisse an Schienenstrecken baldmöglichst verbessern. Dabei müssen die kommunalen Gebietskörperschaften tatkräftig mitwirken, und die aktive Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger ist notwendig.

Pressemitteilung IG gegen Bahnlärm und –erschütterung e.V